



# Wider den Wachstumszwang: Institutionelle Auswege aus einem sozialen und ökologischen Dilemma

Jonathan Barth, Oliver Richters, Andreas Siemoneit

ZOE Discussion Papers | No. 1 | 2018

ZOE Discussion Papers No. 1 · 2018

## **Wider den Wachstumszwang: Institutionelle Auswege aus einem sozialen und ökologischen Dilemma**

Jonathan Barth<sup>1</sup>, Oliver Richters<sup>1,2</sup>, Andreas Siemoneit<sup>1</sup>

1: ZOE. Institut für zukunftsfähige Ökonomien. 2: Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

**Abstract:** Die Bewertung von wirtschaftlichem Wachstum im Rahmen einer nachhaltigen Wirtschaft ist im Netzwerk Nachhaltige Ökonomie umstritten. Die Autoren des vorliegenden Beitrages gehen davon aus, dass ein ökonomischer Wachstumszwang existiert, der vor allem durch die Substitution von Arbeit durch Maschinen und Ressourcenverbrauch entsteht („technologische Arbeitslosigkeit“). Die höheren Einkommen jener, die von dieser Substitution profitieren, können als ökonomische Renten interpretiert werden. Renten als leistungslose Einkommen untergraben die der Marktwirtschaft zugrundeliegende Gerechtigkeitsnorm, die als Leistungsprinzip bezeichnet wird. Durch die institutionelle Trockenlegung der wichtigsten Quellen leistungsloser Einkommen lässt sich mit wenigen Maßnahmen innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems eine Politik für eine nachhaltigere Ökonomie begründen, die nicht nur einen Weg aus dem Konflikt zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem weist, sondern zudem im Einklang mit liberalen Grundwerten steht.

Eine geringfügig veränderte Version wurde veröffentlicht in: Holger Rogall et al. (Hrsg.): 6. Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2018/19, Metropolis, Marburg, 2018. S. 131–43. ISBN 978-3-7316-1339-8. <https://www.metropolis-verlag.de/1339/book.do>

**Lizenz:** Creative-Commons BY-SA 3.0



**Herausgeber/Publisher:** ZOE. Institut für zukunftsfähige Ökonomien e. V., Thomas-Mann-Straße 36, 53111 Bonn. [info@zoe-institut.de](mailto:info@zoe-institut.de) · [www.zoe-institut.de](http://www.zoe-institut.de) · ISSN 2627-9436.

ZOE Diskussionspapiere präsentieren wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Analysen von Potentialen und Hemmnissen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung. ZOE discussion papers present economic and socio-scientific analyses of potentials and barriers for a future-fit economic system.

## 1 Wirtschaftswachstum und die Nachhaltige Ökonomie

Das Thema Wirtschaftswachstum steht von Beginn an im Zentrum der Diskussion um eine Nachhaltige Ökonomie. Seine Brisanz speist sich vor allem aus dem scheinbar ausweglosen Dilemma zwischen Ökologie und Ökonomie: Moderne Industriegesellschaften scheinen nur die Wahl zu haben zwischen ökologischer Nachhaltigkeit oder ökonomischer Stabilität – beides zusammen scheint unerreichbar.

Bereits im Jahrbuch 2011 (Rogall et al. 2011) wurden verschiedene institutionelle Reformvorschläge skizziert, welche die exzellente Koordinationsfunktion der Marktwirtschaft mit dem Erhalt der natürlichen Gemeingüter kombinieren sollen. Bei Hauchler (2011) und Binswanger (2011) steht der Begriff „Wachstumszwang“ am Beginn der Diskussion, ohne explizit definiert zu werden. Deshalb werden wir eine solche Definition liefern. Ein Wachstumszwang entsteht unseres Erachtens nicht durch Renditeerwartungen (Hauchler) oder die Hortung von Gewinnen durch die Geschäftsbanken (Binswanger). Stattdessen halten wir für den maßgeblichen Mechanismus, dass die Nutzung natürlicher Ressourcen die eigene Leistungsfähigkeit erhöhen und dadurch (unlautere) Wettbewerbsvorteile bewirken kann – ein Argument, das bei Scherhorn (2011) immer wieder erwähnt, aber nicht konkretisiert wird.

Wir teilen die Auffassung, dass kulturelle und moralische Appelle zur Überwindung des Wachstumszwangs zu kurz greifen und es einer Flankierung durch die Veränderung institutioneller Rahmenbedingungen bedarf. Doch anstatt wie Hauchler zahlreiche Vorschläge zu machen, konzentrieren wir uns auf drei politische Maßnahmen: Die Einführung von Ressourcenlizenzen, die Vergemeinschaftung von Bodenrenten und die generelle Beschränkung von ökonomischer Macht. Diese Maßnahmen zielen auf die Trockenlegung der wichtigsten Quellen leistungsloser Einkommen und berufen sich damit explizit auf ein liberales Gerechtigkeitsprinzip. Wir hoffen, dass sie deshalb auch über die Nachhaltigkeitsbewegung hinaus anschlussfähig sind. Verglichen mit rein umweltpolitischen Maßnahmen möchten wir so die gesellschaftliche Unterstützung für Änderungen der Wirtschaftsordnung erhöhen.

## 2 Das Leistungsprinzip und leistungslose Einkommen

Das Leistungsprinzip lässt sich theoretisch und empirisch als soziale Fundamentalnorm begründen: Jede Leistung erfordert eine *äquivalente* Gegenleistung. Gesellschaftspolitisch ist das Leistungsprinzip durchaus umstritten, wenn es als Legitimation eines Marktfundamentalismus dient. Märkte sind wichtig, aber es gibt daneben auch nicht-marktlichen Austausch und Gemeingüter als weitere Formen der wirtschaftlichen Koordination. Es fehlt hier der Raum, die alte gesellschaftliche Debatte um das Leistungsprinzip nachzu-

zeichnen,<sup>1</sup> aber so viel sei zusammengefasst: Das Leistungsprinzip fordert, dass jeder für seinen Unterhalt im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit selbst aufzukommen habe – es gibt keinen allgemeinen Unterhaltsanspruch gegen andere. Das Leistungsprinzip ist komplementär (und nicht im Widerspruch) zum Sozialprinzip: Menschen, die ihren Unterhalt nicht selbst erwirtschaften können, werden von der Gesellschaft unterstützt.

Problematisch ist, dass Leistung sich nicht objektiv definieren lässt. Eher lässt sich Konsens erzielen, was *keine* Leistung sein soll. Damit ist jedoch ein Weg gewiesen für die Antwort auf die Frage nach einer gerechten Wirtschaftsordnung: Wenn das Leistungsprinzip eine fundamentale Gerechtigkeitsnorm ist, dann kann die Suche nach Gerechtigkeit in einer Marktwirtschaft *negativ* formuliert werden als die Suche nach *leistungslosen* Einkommen, deren Quellen trocken zulegen sind. Einkommen sind unverdient, wenn sie ihren Ursprung nicht in der Leistung des Einzelnen haben, sondern in Leistungen anderer, der Allgemeinheit oder der Natur.

## 3 Technologie, Ressourcen und der Wachstumszwang

Das Wort „Wachstumszwang“ suggeriert Alternativlosigkeit, aber bei gesellschaftlichen Zwängen handelt es sich praktisch nie um Alternativlosigkeiten. Man wird nicht gewaltsam gezwungen, etwas Bestimmtes zu tun, aber wenn man es nicht tut, vergrößern sich kontinuierlich die Schwierigkeiten. Alternativlos sind physiologische und soziale Grundbedürfnisse. Sie sind objektive Notwendigkeiten. In modernen Gesellschaften bedeutet das vor allem, ein (Basis-)Einkommen zu erzielen. Es gibt hierzu keine realistische Alternative, wohl aber gibt es verschiedene Formen der Einkommenserzielung, und damit eröffnen sich Entscheidungsspielräume.

Wir definieren dementsprechend, dass ein gesellschaftlicher Zwang nur dann vorliegt, wenn soziale Normen die Entscheidungsspielräume für die Alternativen einer *objektiven Notwendigkeit* systematisch und massiv in eine Richtung verschieben.<sup>2</sup> Ein individueller *Wachstumszwang* (auf der Mikroebene) ist folglich dann gegeben, wenn ein Akteur ständig seine ökonomischen Anstrengungen erhöhen muss, um sein Einkommen zu sichern. Dieser Zwang beschreibt einen massiven Anreiz, Investition gegenüber Konsum (bzw. Arbeit gegenüber Freizeit) zu bevorzugen.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Es gibt eine reichhaltige ökonomische und soziologische Literatur, welche das Leistungsprinzip durchaus kritisch diskutiert, aber letztlich nicht in Frage stellt, sondern eher betont, wie wichtig es sei, diesem Prinzip Geltung zu verschaffen (beispielsweise Dench 2006, Dröge u.a. 2008, Miller 1999).

<sup>2</sup> Davon abzugrenzen sind Wachstumstreiber. Sie betreffen nicht-existentielle Bedürfnisse oder verstärken einen vorhandenen Wachstumszwang (siehe Richters und Siemoneit 2017b).

<sup>3</sup> Die Herleitung dieses Wachstumszwangs und eine Auseinandersetzung mit diversen anderen Theorien (sozio-kultureller Druck, Geld- und Finanzsystem, Wettbewerb, staatliche Institutionen) findet sich in Richters und Siemoneit (2017a,b,c).

Auf Unternehmensebene ruft der Innovationswettbewerb einen solchen Wachstumszwang hervor.<sup>4</sup> Er setzt die Profitabilität und damit die Existenz eines Unternehmens kontinuierlich unter Druck. Dabei bedeuten Innovationen in der Praxis vor allem, jene technischen Beschränkungen weiter zu verringern, die dem Ersetzen von teurer menschlicher Arbeit durch preiswerte „Kapital-Energie-Kombinationen“ (Maschinen) noch im Wege stehen.<sup>5</sup> Unternehmen können ihre eigene Leistungsfähigkeit und ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, indem sie vermehrt Rohstoffe (= Naturleistungen) statt Arbeit einsetzen, um mit den Umsatz- und Kostenvorteilen der Innovatoren mitzuhalten. Zwar mögen einzelne Unternehmen in Nischen durch eine hohe Spezialisierung und Qualitätsorientierung überleben (Liesen et al. 2013), und es gibt auch Innovationen, die Rohstoffe einsparen. Doch die ökonomischen Vorteile von Rationalisierung sind so groß und die Nachteile so existenzbedrohend, dass eine systematische Schiefelage zugunsten der Substitution von Arbeit durch Ressourceneinsatz besteht. Da die niedrigeren Preise (auch durch Externalisierung von Kosten) gleichzeitig die Nachfrage erhöhen und die Produktion deshalb ausgedehnt werden muss, um Opportunitätskosten zu vermeiden, ist das Wechselspiel aus technischem Fortschritt und Innovationswettbewerb die Ursache für einen *unternehmensseitigen Wachstumszwang*.

Die Wettbewerbsvorteile entstehen also nicht primär durch individuell höhere Leistung, sondern vor allem durch erhöhten Ressourcenverbrauch und Automatisierung. Für soziale Gerechtigkeit ist diese Rolle von Technologie fatal: Einerseits definiert in Marktwirtschaften „der Markt“, was als ökonomische Leistung gilt, und dementsprechend werden die Mittel dorthin gelenkt, wo das beste „Preis-Leistungs-Verhältnis“ geboten wird. Andererseits kann dieses Preis-Leistungs-Verhältnis durch Technik massiv verbessert werden. Das Leistungsprinzip „Wer mehr leistet, soll auch mehr verdienen“ lautet in der Realität eher „Es verdient mehr, wer natürliche Ressourcen marktgerechter verbraucht“. Die Einkommensverteilung ist empirisch nachweisbar systematisch zugunsten jener verschoben, die Technik entwickeln, einsetzen oder zu ihrem Einsatz beitragen. Technologie und ihr überbordender Ressourcenverbrauch untergraben damit subtil, aber wirkungsvoll das Leistungsprinzip, weil mit technischen Produkten und Dienstleistungen nur teilweise die Leistungen der entsprechenden Menschen am Markt angeboten werden, aber insbesondere der Brennwert von Erdöl, die Festigkeit von Stahl, die Leitfähigkeit von Kupfer etc.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Zur wichtigen Unterscheidung von Leistungswettbewerb und Innovationswettbewerb siehe Richters und Siemoneit (2017c).

<sup>5</sup> Zum *growth-energy nexus* gibt es zahlreiche Arbeiten, beispielsweise Kümmel (2011) sowie Ayres und Warr (2009). Die Bedrohung der unternehmerischen Existenz durch Innovationswettbewerb hat klassisch Schumpeter (1980) beschrieben.

<sup>6</sup> Neben der ökologischen Externalisierung durch technischen Fortschritt gibt es selbstverständlich auch soziale Externalisierungen, wenn im Rahmen der Globalisierung Produktionsstätten in Niedriglohnländern verlagert werden, wo soziale und rechtliche Anforderungen geringer sind.

Mit staatlicher Wachstumspolitik wird letztlich versucht, dem durch Rationalisierung hervorgerufenen Anstieg der Arbeitslosigkeit (halbwegs) zu entkommen. Wachstumspolitik wird alternativlos, um die gesellschaftliche und politische Notwendigkeit von (annähernder) Vollbeschäftigung zu realisieren, denn die Norm des Leistungsprinzips fordert, dass jeder grundsätzlich für seinen Unterhalt selbst sorgen muss. Wachstumspolitik ist also keine politische Modeerscheinung, sondern verfolgt ein existentiell wichtiges sozialpolitisches Ziel: Die Sicherung von Einkommen durch Arbeit. Hier lässt sich also von einem *politischen Wachstumszwang* (auf der Makroebene) sprechen, da die willentliche Beschränkung von technischem Fortschritt, Globalisierung und Freihandel als völlig unrealistisch gilt.

#### 4 Auswege aus dem Wachstumszwang

Offensichtlich lässt sich ein Wachstumszwang auf der Basis von Ressourcenverbrauch nicht dadurch abstellen, dass staatliche Regulierung pauschal die Nutzung von Prozessinnovationen einschränkt. Eine solche Politik wäre weder vermittelbar noch durchsetzbar, weil sie liberalen Politikprinzipien widerspräche. Zielführender ist es, *direkt* am Ressourcenverbrauch anzusetzen, um den politischen Reduktionszielen zu entsprechen. Durch die Begrenzung des Ressourcenverbrauchs können mehrere Ziele gleichzeitig realisiert werden:

1. Die Maßnahme würde direkt auf die ökologische Zielgröße fokussieren, nämlich eine Senkung des Ressourcenverbrauchs, um die ökologischen Grenzen einzuhalten, anstatt (stets zu geringe) ökonomische Sparanreize zu setzen.
2. Sie würde den technischen Fortschritt umlenken, weg von der Substitution von Arbeit durch Verbrauch hin zu höherer Ressourcenproduktivität. Die gesellschaftliche Brisanz technologischer Arbeitslosigkeit würde damit verringert.
3. Sie würde die Geltung des Leistungsprinzips wiederherstellen, indem die Abwälzung von Kosten auf die Gesellschaft (Externalisierung) und die Privatisierung der Ressourcenrenten verhindert werden.
4. Da viele Rohstoffe unter ungerechten Bedingungen im globalen Süden gewonnen und dabei teilweise verheerende ökologische Verwüstungen angerichtet werden, wäre dies auch ein Beitrag zu mehr globaler Gerechtigkeit.

##### 4.1 Ressourcenlizenzen

Eine institutionelle Begrenzung des Verbrauchs und die Einpreisung der gesellschaftlichen Kosten kann über „Ressourcenlizenzen“ vorgenommen werden. Der Einsparungsanreiz muss so hoch sein, dass er den (massiven) ökonomischen

Anreiz reduziert, Arbeit weiterhin durch Energie-Kapital-Kombinationen zu ersetzen. Bislang wurden an einer Stelle eingesparte Ressourcen umgehend von anderen Akteuren genutzt (Rebound-Effekte), weshalb der gesamtwirtschaftliche Ressourcenverbrauch nicht gesunken ist. Daher ist eine *Mengensteuerung* einer *Preissteuerung* (z. B. Ökosteuern) vorzuziehen. Wenn diese Lizenzen mit einem Cap & Trade-System des Lizenzhandels gekoppelt werden, kann die Fähigkeit von Märkten genutzt werden, knappe Ressourcen sinnvoll zu verteilen: Das Material würde dort landen, wo es den größten ökonomischen Nutzen entfaltet, und der Preis würde durch den Markt gebildet anstatt ihm vorgegeben. Der EU-Emissionshandel beispielsweise hat zunächst gut funktioniert, wurde aber (deshalb) politisch „torpediert“ (Cañón et al. 2013).

Die Einnahmen aus den Zertifikaten (also aus der begrenzten Nutzung von Naturressourcen) lassen sich nach dem Leistungsprinzip legitimerweise niemandem zuschreiben. Staaten oder transnationale Organisationen wie die Vereinten Nationen könnten sie im Sinne von „Cap & Dividend“ (Kunkel und Kammen 2011) nutzen, um ein bedingungsloses (aber in der Regel nicht existenzsicherndes) Minimalinkommen für alle zu finanzieren. Dies wäre erstens konzeptionell gerechter und würde zweitens ärmere Menschen mit einem ressourcenarmen Lebensstil finanziell deutlich besserstellen und damit Ungleichheit reduzieren.<sup>7</sup>

Eine solche Ressourcenpolitik würde jedoch die Preise für Produkte massiv erhöhen. Damit eine politische Umsetzung möglich wird, müssen deshalb Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik konsequent zusammengedacht werden. Es gilt, weitere Umverteilungspotentiale zu identifizieren, die mit dem Leistungsprinzip begründbar sind, um die nötige gesellschaftliche Unterstützung für eine Änderung der institutionellen Rahmenbedingungen zu gewinnen. Neben den bereits diskutierten Ressourcenrenten stechen zwei weitere Quellen systematisch leistungsloser und damit unverdienter Einkommen hervor: Standortrenten aus der Wertsteigerung von Boden sowie die politische und ökonomische Macht großer Vermögen.

## 4.2 Bodenrenten

Auf dem Land steigen die Pachten für Ackerland, in den Städten und Metropolen steigen die Mieten und Hauspreise. In Deutschland versucht die Politik, mit Mietpreisbremsen dagegenuhhalten. Empirisch sind jedoch rund 80 Prozent des Anstiegs der Wohnkosten durch höhere Bodenpreise verursacht und nicht durch höhere Preise für Bauwerke (Knoll et al. 2017). Für diese Preissteigerungen sind Veränderungen der „Lage“ maßgeblich. Dieser Überbegriff beinhaltet die umgebende menschengemachte Infrastruktur (seien es

<sup>7</sup> Die Legitimität von Ressourcenlizenzen, die letztlich dazu führen, dass die Kapitaleigentümer die Nutzung von Ressourcen internalisieren, ließe sich auch aus einer breiteren Auslegung des Grundgesetzes §14 (2) „Eigentum verpflichtet“ herleiten. Vgl. dazu Scherhorn (2011).

private Produktionsstätten, Bürogebäude, öffentliche Bauwerke oder Versorgungsangebote) oder die Verfügbarkeit von nutzbaren Ressourcen wie Kohle, Sonne oder Wind.

Beim Bau einer neuen Verkehrsanbindung, eines Glasfaserkabels oder einer neuen Produktionsstätte steigt der Wert der umliegenden Grundstücke. Während private Investoren oder (häufiger) die Allgemeinheit die Kosten dafür tragen, profitieren die Grundeigentümer. Besonders wenn die Umwandlung in Bauland erwartet oder herbeigeführt wird, erblühen Bodenspekulation und politische Einflussnahme. Die langfristigen Steigerungen der Bodenpreise können also in der Regel nicht aus den Leistungen ihrer Eigentümer erklärt werden. Stattdessen werden sie weitgehend aus besteuerten leistungsgebundenen Einkommen wie Löhnen und Kapitalerträgen finanziert. Damit sind Bodenwertsteigerungen eine erhebliche Quelle leistungsloser Einkommen, die man in der Ökonomik „Bodenrente“ nennt. Da vor allem Vermögende über Grundeigentum verfügen, sind diese Bodenrenten sehr ungleich verteilt.<sup>8</sup>

Würde die Privatisierung der Bodenrente über eine Bodensteuer verhindert, könnte eine gerechtere und vermutlich weniger polarisierte Vermögensverteilung erzielt werden, mit positiven ökonomischen Auswirkungen, denn Bodensteuern haben mehrere Vorteile (Edenhofer et al. 2013): Eine Bodensteuer kann kaum umgangen werden. Kapital mag ein „scheues Reh“ sein, Land kann hingegen nicht außer Landes fliehen. Während Kapitalsteuern Investitionen reduzieren und Lohnsteuern die geleistete Arbeit verringern, verschwindet Land nicht, wenn es besteuert wird – und wird nicht erzeugt, wenn es unbesteuert bleibt. Steuern auf ökonomische Renten erzeugen ganz allgemein im Idealfall keine Wohlfahrtsverluste. Aus den Steuereinnahmen könnten die öffentlichen Investitionen refinanziert werden, die für die Wertsteigerung ursächlich sind. „Steuern auf Leistung“ (Löhne und Gewinne, also Kapitalerträge) könnten im Gegenzug verringert werden.

Tatsächlich gab und gibt es konkrete Ansätze, gegen diese leistungslosen Einkommen etwas zu unternehmen. In Deutschland erbringt die Grundsteuer nahezu konjunkturunabhängig rund 15 Prozent der Gemeindesteuereinnahmen. Zumeist werden, wie in Deutschland und Österreich, Boden- und Gebäudewert gemeinsam besteuert. Andere Länder konzentrieren sich auf eine reine Bodenwertsteuer, die als geeigneter erscheint.<sup>9</sup> International sind damit beispielsweise

<sup>8</sup> Die Rolle der Bodenrenten wurde insbesondere von Henry George (2017 [1881]) thematisiert, für eine aktuellere Auseinandersetzung siehe Löhr und Harrison (2017) oder Collins et al. (2017). Wegen der veralteten Bemessungsgrundlagen wurde die bestehende Grundsteuer in Deutschland als verfassungswidrig eingestuft und muss reformiert werden. Das Bündnis „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ setzt sich dabei für eine Bodenwertsteuer ein.

<sup>9</sup> Die Gebäudewertbesteuerung hat den Nachteil, dass sie mit höherem administrativem Aufwand verbunden ist als die Erstellung oder Überarbeitung der bestehenden Bodenrichtwertkarten. Zudem bestraft und verteuert sie private Investitionen in die Gebäude. Eine Bodenwertbesteuerung dagegen verteuert Bodenspekulation und kann das Angebot an Wohnraum erhöhen und die Mieten senken.



in Dänemark, Hongkong oder Singapur gute Erfahrungen gemacht worden.

### 4.3 Kapitalakkumulation

Die dritte wichtige Quelle leistungsloser Einkommen sind Renten, die aus Akkumulation und Marktmacht aufgrund schierer Größe entstehen, also durch große (riesige) Unternehmen und sehr reiche Personen, sowie deren Vernetzung untereinander. Ungleichheit an sich halten wir nicht für ein Problem, wichtig ist jedoch das Maß. Menschen sind unterschiedlich leistungsfähig, und sie haben sehr unterschiedliche Vorstellungen von Wohlstand. Ein deutlich höherer Wohlstand, als andere ihn haben, ist durch höhere Leistung erreichbar. In einer arbeitsteiligen und geldbasierten Wirtschaft hat ehrlich erwirtschafteter Wohlstand jedoch enge Grenzen.

Auch politisch sind Großvermögen problematisch in einer Demokratie, deren wesentliches Ziel Machtbegrenzung ist. Sie werden genutzt, um gesellschaftliche Regeln folgenlos brechen zu können, und sie werden insbesondere genutzt, um zu verhindern, dass gesellschaftliche Regeln beschlossen werden, welche das zugrundeliegende Geschäftsmodell bedrohen. Konzerne können die Politik mit systemischen Risiken oder Arbeitsplätzen erpressen. Die enge Verzahnung großer Unternehmen macht Marktakteure „too big to fail“ und führt zu staatlichen Garantien und direkten wie indirekten Subventionen. Die Bedeutung dieser Mechanismen ist in der Bankenkrise und bei den Abgasskandalen der Automobilindustrie offensichtlich geworden – auch mit ökologischen Konsequenzen.

Historisch sind Großvermögen fast immer (auch) durch die Ausnutzung natürlicher Ressourcen sowie Grund und Boden zustande gekommen. Diese Quellen leistungsloser Einkommen schafften die Voraussetzung für Vermögen, welche sich dann weiterhin leistungsarm vermehren konnten. Großvermögen auf der Basis eines äquivalenten Leistungstausches sind ein Widerspruch in sich, denn gerade die Entwicklung von Großvermögen zeigt an, dass die Bedingung der Äquivalenz systematisch nicht erfüllt war. Niemand kann beliebig viel leisten, und aus diesem Grunde schätzen Menschen Arbeitsteilung. Man kann Arbeitsteilung jedoch nicht nur auf die Erbringung der Leistungen beziehen, sondern muss auch ihre Früchte gerecht verteilen. Insofern ist die beliebige Steigerung von Vermögen mit marktwirtschaftlichen Prinzipien kaum vereinbar.

Bevor der Ordoliberalismus durch Hayek und seine Schüler in einen Marktfundamentalismus transformiert wurde, argumentierte der sehr konzernkritische Ordoliberale Walter Eucken (2012), dass alle Großvermögen und wirtschaftlichen Machtkörper aufzulösen, zu entflechten und zu verkleinern seien, weil mit ihnen kein anderer Umgang zu finden ist. Das Bestreben von Menschen, Macht zu missbrauchen, ist anders nicht wirksam einzudämmen, als dass die Gesellschaft den Wirkungsraum dieser Machtansprüche beschneidet. Die Machtansprüche selbst lassen sich jenseits einer

bestimmten Größe nicht beschneiden.

Eine solche Politikmaßnahme klingt angesichts der wirtschaftlichen Rolle von Konzernen aktuell zwar „unrealistisch“. Mit Konzernen werden wir ökologische Nachhaltigkeit jedoch kaum je erreichen und wird Demokratie immer fragil bleiben. Insofern ist der Begriff des „politischen Realismus“ kritisch zu hinterfragen, denn es gibt für diese Art der ökonomischen Machtbegrenzung historische Vorbilder und bewährte Mechanismen, die für Demokratien gangbar sind. Ein gut Teil dieser Erfahrungen stammt sogar aus dem „Mutterland des Kapitalismus“, den USA, wo von Anfang des 20. Jahrhunderts bis in die Zeit des Zweiten Weltkriegs Anti-Trust-Gesetze, neue Institutionen auf Bundesebene und eine substantielle Besteuerung hoher Einkommen für eine Wiedergewinnung staatlicher Handlungsfähigkeit gegenüber mächtigen Wirtschaftsakteuren sorgten. Über eine progressive Einkommensteuer in Verbindung mit einer progressiven Vermögenssteuer wäre eine faktische Obergrenze für Vermögen definiert, weil Akkumulation auf hohem Niveau immer schwieriger wird. Allerdings würde die sozial destabilisierende Einkommensungleichheit mit extrem hohen und niedrigen Einkommen wohl ohnehin verschwinden, wenn die Privatisierung leistungsloser Erträge aus Rohstoffen und Bodenrenten konsequent verhindert würde.

### 5 Fazit

Unsere Analysen zu technischem Fortschritt, Bodenrenten und Akkumulation zeigen exemplarisch, wie die These vom Leistungsprinzip als sozialer Fundamentalnorm hilft, konsistente Politikmaßnahmen zu entwerfen, die ökologische Nachhaltigkeit, ökonomische Stabilität und soziale Gerechtigkeit verbinden können und nicht gegeneinander ausspielen müssen. Die Maßnahmen bestehen in der klugen Setzung von Grenzen. Grenzen haben unter Liberalen keinen guten Ruf – sie stehen im Verdacht, das Gegenteil von Freiheit zu sein. Aber Grenzen können auch Freiheiten schaffen, nämlich neue und bessere Handlungsalternativen (Homann 2002). Mit unseren Vorschlägen würde Politik strukturell einfacher und billiger. Anschaulich gesprochen vermeidet sie teure Aufräumaktionen, indem sie das Haus von vornherein in besserer Ordnung hält und es gar nicht erst „so weit kommen lässt“.

Bezüglich der natürlichen Ressourcen entspricht dies viel besser dem ökologischen Paradigma, wonach Verbräuche und Umweltschäden, die gar nicht erst entstehen, die beste Form von Nachhaltigkeitspolitik sind. In sozialer Hinsicht sieht es ähnlich aus. Anstatt mittels Besteuerung, Subventionen und Sozialpolitik eine nachträgliche Umverteilung der Markteinkommen gegen vielfältige Widerstände durchzusetzen (Sekundärverteilung), würde man von vornherein die Gerechtigkeit der Markteinkommen verbessern (Primärverteilung). Das Ergebnis wären Einkommen durch „ehrliche Arbeit“ statt durch Ressourcenverbrauch und Marktmacht, und vor allem Einkommen für alle, ohne eine hohe Sockel-

arbeitslosigkeit, die überwiegend auf „technologischer Arbeitslosigkeit“ beruht. Die stärkere Finanzierung staatlicher Ausgaben über die Abschöpfung von Bodenrenten könnte die sozialen Sicherungssysteme zusätzlich entlasten. Generell würden diese Maßnahmen Kosten und Nutzen staatlicher Investitionen gerechter verteilen.

Trotz unseres Plädoyers für marktwirtschaftliche Koordination sehen wir den Markt nicht als optimales Koordinierungsorgan für alle gesellschaftlichen Bereiche. Allerdings ist eine angemessene Regulierung von Marktaktivitäten Voraussetzung dafür, dass daneben auch nicht-marktliche Aktivitäten ihren berechtigten Raum finden können. Angemessene Regulierung bedeutet dabei nicht das kleinteilige „Überregulieren“ einzelner Wirtschaftsbereiche, sondern mit möglichst wenigen Maßnahmen dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit auf der Ebene der Verfasstheit Geltung zu verschaffen. Das ist die ursprüngliche Euckensche Idee der richtigen *Wirtschaftsordnung*, welche den Märkten gerechte (Ober-)Grenzen setzt, so dass die wirtschaftlichen Handlungen innerhalb dieses Rahmens relativ frei erfolgen können. Kernanliegen dieses Beitrags sind normativ und strukturell begründete Spezifizierungen dieser Grenzen durch konkrete politische Maßnahmen, die das ökologische und soziale Dilemma auflösen können.

## Literatur

- Ayres, R. U.; Warr, B. (2009): *The Economic Growth Engine: How Energy and Work Drive Material Prosperity*. Cheltenham, UK; Northampton, MA: Edward Elgar.
- Binswanger, H. C. (2011): Die Wachstumsspirale: Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. In: Rogall et al. (2011). S. 109–123.
- Cañón, C.; Friebel, G.; Seabright, P. (2013): Market Design and Market Failure. In: Wittek, R.; Snijders, T.; Nee, V. (Hrsg.). *The Handbook of Rational Choice Social Research*. Stanford Social Sciences, S. 473–512.
- Dench, G., Hrsg. (2006): *The rise and rise of meritocracy*. Oxford, UK; Malden, MA.
- Dröge, K.; Marrs, K.; Menz, W., Hrsg. (2008): *Rückkehr der Leistungsfrage – Leistung in Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft*. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung 89. Berlin.
- Edenhofer, O.; Mattauch, L.; Siegmeier, J. (2013): *Hypergeorgism: When is Rent Taxation as a Remedy for Insufficient Capital Accumulation Socially Optimal?* Cesifo Working Paper Series. No. 4144.
- Eucken, W. (2012): *Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung: Ländner Vorträge zur Wirtschaftspolitik und zwei Beiträge zur Antimonopolpolitik*. 2. Aufl. Münster Hamburg.
- George, H. (2017 [1881]): *Fortschritt und Armut [Progress and Poverty]*. Marburg.
- Hauchler, I. (2011): Institutionelle Reformen für eine nachhaltige Ökonomie. In: Rogall et al. (2011). S. 217–238.
- Homann, K. (2002): *Vorteile und Anreize: zur Grundlegung einer Ethik der Zukunft*. Hrsg. von Christoph Lütge. Tübingen.
- Knoll, K.; Schularick, M.; Steger, T. (2017): „No Price Like Home: Global House Prices, 1870–2012“. In: *American Economic Review* 107.2, S. 331–353.
- Kümmel, R. (2011): *The Second Law of Economics: Energy, Entropy, and the Origins of Wealth*. New York; Dordrecht; Heidelberg; London: Springer.
- Kunkel, C. M.; Kammen D. M. (2011): „Design and implementation of carbon cap and dividend policies“. In: *Energy Policy* 39.1, S. 477–486.
- Liesen, A.; Dietsche, C.; Gebauer, J. (2013): *Wachstumsneutrale Unternehmen*. Schriftenreihe des IÖW, 205, 13.
- Löhr, D.; Harrison, F., Hrsg. (2017): *Das Ende der Rentenökonomie*. Marburg.
- Miller, D. (1999): *Principles of Social Justice*. Cambridge, Massachusetts.
- Richters, O.; Siemoneit, A. (2017a): Consistency and stability analysis of models of a monetary growth imperative. In: *Ecological Economics* 136, S. 114–125.
- (2017b): How imperative are the Joneses? Economic Growth between Individual Desire and Social Coercion. *VÖÖ Discussion Papers* 4. Heidelberg.
- (2017c): Fear of stagnation? A review on growth imperatives. *VÖÖ Discussion Papers* 6. Heidelberg.
- Rogall, H.; Binswanger, H. C.; Ekardt, F.; Grothe, A.; Hasenclever, W. D.; Hauchler, I.; Jänicke, M.; Kollmann, K.; Michaelis, N. V.; Nutzinger, H. G.; Scherhorn, G. (Hrsg.) (2011): *Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2011/2012*. Im Brennpunkt: „Wachstum“. Marburg.
- Scherhorn, G. (2011): Die Marktwirtschaft passt noch nicht zur nachhaltigen Entwicklung. In: Rogall et al. (2011). S. 239–250.
- Schumpeter, J. A. (1980): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. 5. Aufl. München.